

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1905

135 (13.6.1905)

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich 2.10. An der Expedition und den Abgaben abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition
Kaiserstraße 24.
Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 3144.
Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags.
Redaktionschluss: 1/10 Uhr vormittags.

Inserate: die einseitige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 8 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 Uhr.

Nr. 135.

Karlsruhe, Dienstag den 13. Juni 1905.

25. Jahrgang.

Ein glänzender Erfolg mutiger Kritik.

Karlsruhe, 13. Juni.

Der große Wittenbergprozess ist am Freitag um 2 Uhr nachmittags eines plötzlichen, sanften, aber feinsten natürlichen Todes gestorben. Ehe es noch zu einer weiteren Förderung des peinlichen Falles Schürmer kommen konnte, wurde der Strafantrag zurückgezogen und das Verfahren eingestellt. Schon um 9 Uhr morgens war der Angeklagte Wittenberg aus dem Gefängnis entlassen worden, als er um 1 Uhr wieder gesund geworden war — waren die Verhandlungen so weit gediehen, daß eine Stunde später die Friedenspräliminarien unterzeichnet werden konnten.

Die Angeklagten haben sich in liebenswürdiger Weise bereit gezeigt, zu erklären, daß es nicht in ihrer Absicht gelegen habe, die Gefängnisverwaltung oder die Gefängnisärzte zu beleidigen oder gegen sie den Vorwurf einer gesetz- oder vorchriftswidrigen Handlung zu erheben. Und diese Erklärung genügte plötzlich dem Staatsanwalt sowie den Nebenklägern, ihre Anklage zurückzunehmen. Der Staatsanwalt hatte sogar schon die schriftliche Ermächtigung durch den Oberstaatsanwalt am Kammergericht in der Tasche! Woher kam diese plötzliche Güte? Die Erklärung der Angeklagten, die nun auf einmal zur allgemeinen Veröhnung führte, haben doch Staatsanwalt und Nebenkläger schon früher haben können und tatsächlich gehabt. Seit dem Beginn des Prozesses war ja kein Tag vergangen, an dem die Angeklagten nicht persönlich oder durch den Mund ihrer Verteidiger erklärt hätten: „Nicht um Personen handelt es sich um, sondern um ein System. Nicht Behörden wollen wir beleidigen, sondern barbarische Zustände brandmarkieren. Nicht Herr Dr. Waer und Herr Dr. Pfeiler wollen wir kränken, sondern den Strafvollzug wollen wir kritisieren.“

Der Staatsanwalt und die „Nebenkläger“, die sich ja auch nicht aus eigenem Antrieb „beleidigt“ gefühlt hätten, wollten sich drei Wochen lang mit diesen wiederholten Erklärungen nicht zufrieden geben, bis ihnen endlich doch angesichts der endlosen Hinführung der Sache die Lust an Anglistik bergang. Man geht schließlich sehr, wenn man annimmt, daß die Anklage schon nach der Erledigung des Falles Wittenberg in ihre Niederlage entschieden sah und von da ab nur mehr auf die Gelegenheit wartete, den Vorhang über das traurige Spiel so rasch wie möglich fallen zu lassen. Daß die Sachverständigen mit solcher Entschlossenheit die große für irrtümlich erklärte und damit die Wahrschuld der Behauptung erweisen würden, daß große als Verurteilung mit den juristischen Disziplinstrafen gemindert werden sei, das hatten die Vertreter der Anklage offenbar nicht erwartet. Alle anderen Fälle lagen von vornherein ungünstig für sie, nur dieser Fall große gehörte ihnen einige Hoffnung; als auch dieser für sie ungünstig entschied, gaben sie die Taktik für verloren.

Was hatten sie auch noch weiter zu erwarten? Was die Angeklagten über die Wittenberg Zustände geschrieben hatten, war nichts anderes als Randglossen zu den amtlichen Gefängnisakten, aus denen alle tatsächlichen Behauptungen der Angeklagten entnommen waren. Somit heißt es wohl, was nicht in den Akten ist, ist nicht in der Welt. Diesmal hätte man behaupten müssen, daß auch das, was in den Akten steht, nicht in der Welt ist, und daß sich die Gefängnisverwaltung in ihren eigenen

Äkten beschimpft und verleumdet habe. Kurz, die Anklage war in die Sadgasse geraten und kein anderer Ausweg blieb ihr als der Rückzug.

So endet auch diese große Justizaktion — ganz ähnlich wie die von Königsberg — nach hundert Kopflosigkeiten mit einem vollständigen Mißerfolg. Denn nicht darum hatte es sich gehandelt, ein paar gleichgültigen Persönlichkeiten zu einer Reparatur ihrer Ehre zu verhelfen — deren sie gar nicht bedürften — vielmehr sollte der preussische Strafvollzug, sollte das preussische Gefängniswesen vor den Augen der Welt eine glänzende Reinigung erfahren. Daß das die Absicht sei, hat der Staatssekretär des Reichsjustizamts, Herr Nieberding, in seiner Reichstagsrede vom 23. Mai 1904 klar gesagt. Nachdem er nämlich auf eine Rede des Abg. Gradnauer über den Strafvollzug mit der überraschenden Eröffnung geantwortet hatte, daß gegen den „Vorwärts“, die „Zeit am Montag“ und noch zahlreiche andere Blätter ein Strafverfahren eingeleitet sei, fuhr er wörtlich fort:

Sie sehen, es ist uns ernstlich darum zu tun, den Mittern und deren Redakteuren ausgiebige Gelegenheit zu geben, die Wahrheit über die erörterten Zustände zu bekunden, über die sie so viel Klagen nach werden lassen. (Zuruf links. — Sehr gut rechts.)

Es wird sich aus den Verhandlungen vor Gericht ergeben, was an den Dingen ist... Also Sie erfahren aus diesen Mitteilungen den Ernst der Verwaltung — es ist im allgemeinen der Verwaltung nicht unangenehm, daß solche Sachen, unter denen es natürlich auch schmutzige Wäsche gibt, in die Öffentlichkeit gebracht werden. Die Verwaltung hat es aber vorgezogen, in diesem Falle den Weg der gerichtlichen Ermittlung zu wählen, um vollständig die Wahrheit ans Licht zu bringen gegenüber den Mitteilungen der Presse, die sensationell und tendenziös die bestehenden Einrichtungen in unverantwortlicher Weise herabzieht. (Wabro rechts.)

Bei Gericht sehen dann aber die Dinge gewöhnlich anders aus, als in den Ministerreden im Parlament. Hat man nicht auch vor Königsberg ähnliche Reden gehört, die den Triumph der Anklage vor sich her heraufschweben? Je näher man den Tatsachen kam, je weiter das Beweismaterial vorrückte, desto rascher verdunstete der Wahrscheinlichkeit der Justizbehörde. Man hatte volle Aufklärung versprochen. Drei Wochen lang hat Herr Oppermann an der Vorlesung, unter der Bezeichnung, es handle sich nur um die Taten oder Unterlassungen der Nebenkläger, jeden Versuch der Aufklärung mit dem Mute der Verzweiflung bekämpft. Und als, dank der Energie der Angeklagten und der Verteidiger, die Wahrheit — nicht, wie Herr Nieberding prophezeit hatte, durch das Gericht, sondern gegen den Willen des Gerichts — ans Licht gebracht wurde und der helle Schein, der in die Marterhöhlen des Strafvollzugs fiel, immer greller wurde, da kam die Behörde endlich wieder darauf, daß es, nicht unangenehm ist, daß solche Sachen in die Öffentlichkeit gebracht werden.

Man hatte etwas begonnen, was sich absolut nicht machen ließ. Selbst mit der „Werten“ nicht! Und so ließ man's wieder. In der Geschichte des Strafvollzugs, aber auch der Strafrecht, wird der jah abgebrochene Wittenbergprozess unvergessen bleiben als ein wahrhaft glänzender Erfolg mutiger Kritik!

Die Finanzen des Reiches und der Bundesstaaten.

In dem eben erschienenen Vierteljahrsheft zur Statistik des Deutschen Reiches veröffentlicht das kaiserliche Statistische Amt zum viertenmale eine Darstellung der Finanzen des Reiches und der deutschen Bundesstaaten. Sie behandelt wiederum die Ausgaben, Einnahmen, wichtiger Bestandteile des Staatsvermögens, sowie die Schulden. Die Nachweise beziehen sich durchweg für die Vorschläge auf das Jahr 1904, für die Staatsrechnungen auf das Jahr 1902.

Zusammen betragen nach den Vorschlägen der Bundesstaaten auf 1904 die Staatsausgaben: 4561 Millionen Mark (darunter 135 Millionen Mark außerordentliche), für Reich und Bundesstaaten 6795 Millionen Mark (darunter 401 Millionen Mark außerordentliche).

Die Staatseinnahmen belaufen sich bei den Bundesstaaten auf 4537 Millionen Mark, bei Reich und Bundesstaaten auf 6781 Millionen Mark, davon sind außerordentliche Einnahmen (aus Grundbesitz, Anleihen und sonstigen Staatsfonds), 128 bzw. 399 Millionen Mark.

Unter den ordentlichen Ausgaben und Einnahmen der Bundesstaaten stehen die Erwerbseinkünfte mit 1991 Millionen Mark in Ausgaben und 2806 Millionen Mark in Einnahmen an erster Stelle. Der Hauptanteil davon kommt auf die Staatsbahnen mit 1420 bzw. 2030 Millionen Mark in Ausgabe und Einnahme. Der Rest verteilt sich auf die Domänen, Forsten, Bergwerke, Post, Telegraph, Staatsdampfschiffahrt und sonstigen Staatsbetriebe.

Die wichtigste Einnahmequelle bilden die Steuern. An direkten Steuern ergeben die Bundesstaaten 458 Millionen Mark, an Aufwand- und Verkehrssteuern 174 Millionen Mark. Das Reich bezieht an indirekten Steuern 488 Millionen Mark, außerdem an Zöllen 558 Mill. Mark.

Zahlenmäßige Nachweise über das Staatsvermögen der einzelnen Bundesstaaten konnten nur in Beschränkung auf wichtige Bestandteile erbracht werden. Neben Leberhöhlen früherer Rechnungsjahre, verfügbarem Staatskapitalvermögen usw. besitzen die Bundesstaaten an Domänen ein Areal von 690 728 Hektar, an Forsten 4 899 819 Hektar. Die Staatsbahnen repräsentieren eine Länge von 49 865 Kilometer und ein Anlagekapital von 12 574 Millionen Mark.

Die Steuerbelastung auf den Kopf ergibt in Reich und Bundesstaaten zusammen:

Indirekte Reichsteuern	18,56 Mk.
Direkte Reichsteuern	8,12 "
Indirekte Staatssteuern	3,10 "

Die Gesamtbelastung an Reichs- und Landessteuern beträgt demnach auf den Kopf 29,78 Mk., wovon nur 8,12 Mk. direkte Steuern sind, während die indirekte Steuerbelastung mit 21,66 Mk. auf jeden Einwohner des deutschen Reiches drückt.

Gest auf die direkten Steuern im einzelnen durch, so entfallen in den Bundesstaaten 5,22 Mk. pro Kopf oder 46,56 Prozent des Gesamtsteuerertrags auf die Einkommensteuer; 0,76 Mk. (6,77 Prozent) Vermögenssteuer; 0,77 Mk. (6,84 Prozent) Grundsteuer; 0,22 Mk. (1,92 Prozent) Gebäudesteuer; 0,39 Mk. (3,48 Prozent) Gewerbesteuer; 0,32 Mk. (2,82 Prozent) Kapitalrentensteuer; 0,51 Mk. (4,56 Prozent) auf die Erbschafts- und Schenkungssteuer.

Die indirekten Kopfsteuern an Staat und Reich erfordern also von jedem Einwohner 21,66 Mk. Dagegen ist das Vermögen nur mit 0,76, die Erb-

schaft nur mit 0,51 Mk. besteuert. Der notwendige Konsum der Besitzlosen ist rund 40 mal so hoch besteuert, wie das mühselige Erbe.

Wäre unser Steuersystem nur von einem Hauche sozialen Selbstes berührt, so müßte das Verhältnis umgekehrt sein; in einem von sozialer Erkenntnis erfüllten Gemeinwesen aber würde die ganze indirekte Steuerwirtschaft beseitigt werden.

Die Gegenüberstellung der indirekten Steuerquote auf der einen, der Erbschafts- und Vermögenssteuer auf der anderen Seite genügt, um den brutal-kapitalistischen Charakter unserer Gesellschaft zu illustrieren. Aber die Zahlen beweisen auch, wie leicht es möglich ist, nun endlich auch Vermögen und Erbe im Reich angemessen zu besteuern. Das muß geschehen, mögen auch die Besitzenden über Konstitution des Eigentums schreien, wenn die Kopfbelastung der Erbschaft von 50 Pfg. auf nur auf 5 Mk. gesteigert wird, dieselben Besitzenden, die es als gelinde Steuerbelastung pfeifen, daß jedem armen Teufel auf seinen mühseligen Lebensunterhalt nur wenig mehr als 20 Mark gewälzt werden.

Politische Ueberlicht.

Ein Engel der Lüge.

Ein Werkzeug der Grubenmagnaten im Ruhrrevier, der Bürgermeister Engel, der auch Geschäftsführer des Bergbauvereins ist, ist vor Gericht in der schmutzigen Weise bloßgestellt worden. Während des Bergarbeiterstreiks hatte Herr Engel eine von Unwahrheiten strotzende Broschüre unter den Streikenden verbreiten lassen. Unter anderem behauptete er in diesem Machwerk, daß die sozialdemokratischen Mitglieder des Anappphatsverbandes von der sozialdemokratischen Parteileitung in Berlin Instruktionen für ihr Verhalten bekommen, daß die Münchener Driftstrafenkasse durch die Bevorzugung sozialdemokratischer Agitatoren Pleite gemacht habe, daß der Hinweis auf angebliche Mißstände im Bergbau nur erfolge, um die Bergarbeiter zu verheizen und dergleichen. Der in Essen erscheinende „Allgemeine Beobachter“ ging mit dem Machwerk scharf ins Gericht und überschrieb den Artikel „Der Engel der Lüge“. Darauf strengte Herr Engel wegen Beleidigung an. Bei der am Mittwoch in Essen durchgeführten Verhandlung wurden unter anderen die Mitglieder des Parteivorstandes Pannkuch und Wolkentühr, ferner Reichstagsabgeordneter Hue und der Führer der christlichen Gewerkschaften, Effert, als Zeugen vernommen. Das Gericht verurteilte den Redakteur Ballen nur wegen formaler Beleidigung zu 50 Mk. Der Wahrheitsbeweis sei völlig erbracht. Engel habe in seiner Broschüre Unwahrheiten in „höchst leichtfertiger Weise“ behauptet. Der Beweis, daß die sozialdemokratische Parteileitung in die Bergarbeiterbewegung eingriff, sei absolut nicht gelungen. Die Arbeiterpresse und die Streikleitung haben nicht in freivolter Weise gehandelt.

Das Urteil ist eine große Blamage für Engel und für alle diejenigen, die, wie noch dieser Tage in preussischen Herrenhäusern geschah, die Lüge verbreitet haben, daß der Streik von der sozialdemokratischen Parteileitung angezettelt sei.

Diamantstadt.

Roman von Hermann Feijermans.

(Fortsetzung.)

„Was für 'n Galunne, sich so tot zu stellen.“ sagte Jan, und vor Kalle trappelnd, wiederholte er: „Sieh, ich geh weg!“

„Gut.“ sagte Cleazar matt. Ein paar Wände Eis ins Wasser schließend, setzte er sich nieder, die Hände in den Hosentaschen, die Beine gekreuzt und wartete, was von unten aufsteigen würde. Das Klingeln der Strampel über die Bahn und nahm keine Säge; es versuchte zu glücken. Das Klumpen schleppte nach, die Vermischen streckten sich in possierlichen Bewegungen.

Wie abwesend, stumm vor Ertrichung, blieb Cleazar da sitzen und blickte nach dem Loch und nach dem Tschentuch, das sich nicht mehr bewegte. Das Kind mit seiner dreisten Lebensfurcht hatte ihn aufgemuntert. — Nun kam er milde und stumpf zuhause. Diefelbe Verzweiflung wie in der Schieferlei beschlich ihn, als er neben Juda gesessen und das Herannahen des Gewitters den Willen in seinem kraftlosen Körper gelähmt hatte. Ein Schritt, ein kleines Geklein, und er war heraus, erwidert wie die Fische, erlöset von diesem elenden Dasein. Er gähnte krankhaft, daß die Tränen aus seinen trübten Augen quollen, und begann wieder auf und ab zu laufen, bange vor dem Wasser, das ihn angoß. Wenn sie ihm jetzt Brot vorgelegt hätten, würde er nichts davon genommen haben, er hätte sich so elend, daß ihm alles zunichte war. Wie war Cleazar doch etwas, was einen zum Tier machte, was einen alles verwinchen, verweisen ließ — wie war man doch nichts, nichts mit einem Magen, der einem das Denken aus dem Kopfe drängte. Jähnellappernd blickte er sich grade, um das Tschentuch mit den beiden toten Fischen mitzunehmen und noch einmal sein Blick in der Stadt zu probieren als er zwei kleine Weißfische bewegungslos nebeneinander treiben sah. Das frische

ihn auf. Schnell mit seiner Wäsche schöpfend, über-raschte er sie. Vier. Vier. Wenn er es aufgab, brachte er nichts für die Kinder, für die Wände, die gestern gewartet hatten und heute warteten. Leis gitterte das Tschentuch durch die possierlichen Judungen.

Gegen fünf Uhr eilte er froh mit seinem Gang — er hatte ihrer wohl vorausig — durch die Scharpfstraßen. Dort waren sie noch mit Aufsträumen beschäftigt. In gleichmäßigen Abständen lagen da hohe Häuser Schnee und Straßenschmutz. Handkarren fuhren ab und zu, um den Verkehr in die Kanäle zu stützen. Am Bahnhof arbeiteten Pfähle mit Wesen, Schuppen und Latzen.

Sulterpeier stand dort mit ungewöhnlich roter Gesichtsfarbe auf dem Trottoir und hatte den ange-gorenen Schnee los. Auf dem Stiel lehnte er, kaputt von der Arbeit, die sein alter Zudenkörper kaum auszuhalten vermochte und spie leuchtend aus.

„Ich wollte, daß sie mich heute morgen ange-nommen hätten.“ sagte Cleazar.

„Ich ligg grad so gen' ne Woch' krank.“ sprach der Gemütskranke, das Klucken seiner Brust mit-wiegend, „das is kein' Arbeit vor 'n Jid.“

„Sie bringen 'n Taler nach Haus — seien Sie mir froh, Chammer.“

„Froh? Froh? Meine Lenden krachen — ich hab kein' troden Fleck an mein Leib, davor muß man 'n Körper von 'm Got haben. Von fribben lllr bis jetzt bin! Sehn Sie mal, was ich vor Wälen an de Pöten hab.“

„Bevend vor Müdigkeit, mit Sänden, die er nicht stillhalten vermochte, ließ er die blutigen durch-gearbeiteten Wälen sehen.“

„Geld verflucht Wälen.“ sagte Cleazar beinahe neidisch.

Er ging weiter, weil der städtische Aufseher auf das Trottoir kam und drohend nach den Schwabenden hinblickte. An der Ecke wartete er, bis eine Hand-farbe voll war. Eine Katerne wurde angezündet, deren gelbe Streifen mit einem grünen Ton das zögernde Tageslicht durchschliffen. In der Umgebung des Bahnhofs leuchteten die roten

Signallichter auf, und auch auf dem kalten neblig-dämmrigen Flein brannten schon in einigen Kuppeln Flammen, wie ersterbend hinter fettigen Scheiden.

Als er in das Judenviertel hineinkam, ver-gewunderten er sich nochmal die arbeitenden Männer in dem Schnee, die runden Bewegungen der Wesen schwingen der Arme, das Stramm der Beine — die Ankerungen des alten Juden bei dieser Mustelarbeit, — grade wie ein tüchtig-er christlicher Kaufmann sich auslassen würde — der mit Juden Handel triebe.

Tante Reggie hatte von Soor ein halbes Brot bekommen. Nun, so Cleazar noch dazu mit Fischen heimkehrte, wußte sie nicht, was sie zu solchem Reichum sagen sollte.

„Gaben Sie ge kauft?“ — fragte sie ernst, wobei sie das Tschentuch betastete und jeden Fisch auf seine Diste prüfte.

„Nein.“ sagte er, indem er einen Brocken trodenes Brot gierig verschluckte — wenn er länger gewartet hätte, wäre er zusammengebrochen, nein die habe ich aus einem Loch im Eis heraus-geholt.“

„Aus einem Loch im Eis! Wie kann man sein Leben so wagen?“

„Er lachte.“

„Nu.“ sagte sie, besorgt vor sich hinschwachend, „nu haben wir' Fisch — un was vor led' re sin derbei — aber un sin m'r noch grad so weit — ohn' Feuer un ohn' Salz.“

„Lassen Sie sie mich mal erst reimmachen.“ sagte er aufgemuntert, „dann wollen wir schon weiter sehen.“

Sie kauften an dem Türpfosten auf das Ge-trage seines Taschennessers. Fisch für Fisch legte er auf die Fensterbank und schubte sie ab. Saartje, die von oben kam, blickte mit erkannten Augen zu.

„Bist du fischen gewesen, Onkel?“

„Ja, Saar.“

„Un was sind das für Sorten, Onkel?“

„Das ist ein Weißfisch und das ein Plösch —

und das — das ist ein fetterer, den ich nicht kenne.“

„Darf ich dir helfen?“

„Nein — set doch still!“ sagte er auf einmal ärgerlich, weil er sich an einem Müdenstachel gestoßen hatte. „Ah!“ fluchte er, saugend und das Blut in den Schenkel stundend.

„Haben Sie sich geschnitten, Junge?“ fragte die Wunde klagend.

„Nein — nur gestochen.“

„Müssen Sie gut ansaugen — Sally, von Mat, hat 'ne geschwoll'ne Hand derbon bekommen — sehr schlimm, saugen Sie 's gut aus!“

„Ja.“ sprach er mürrisch, ärgerlich vor Schmerz.

Die Treppentufen knarnten, knarnten lauter noch als sonst von der Kälte. Suiterpeers Effie kam mit einem Tuch um den Kopf herunter, um mal zu sehen, wo Suiterpeier eigentlich bliebe. Als sie hörte, daß Cleazar ihn gesehen hatte, blieb sie stehen, rief sich die Hände und schwahte.

„Was ein Demasfel.“ sagte sie, ihr falsches Scheitelköpfchen schüttelnd, „wie kommt einer an so 'n Demasfel, wenn's Wasser pottdick is? Wie kann man angeln — mir 'n Wunder!“

„Hat er aus 'm Loch im Eis rausgeholt — mit Lebensgefahr.“ sprach die Wunde.

„S mögen wohl zwei Pfund sein.“ tanzerte Effie, „sin es keine Barsche?“

„Weißfische und Plösch.“ wiederholte Cleazar geduldig.

„Nu werd' r 's nich' glauben.“ nickte Effie, „aber nu kauft m'r 's Wasser im Mund zusammen — so wahrhaftig wie ich leb' — was vor 'n Maffel!“

Sie sprach das so verlangend, so gierig; das ganze Haus wußte ja so genau, was jeder im Schranke hatte, daß Reggie, glück lachend, fragte, ob sie die Hälfte abhaben wollte — denn zehn Stück für sie, David, Eli und die Kinder war reichlich genug.

(Fortsetzung folgt.)

Badische Politik.

Ein erster Ultramontaner.

In dem in Ueberlingen erscheinenden „Ringgau-Vote“ nimmt ein ultramontaner Wähler zu dem nationalliberalen Wahlausspruch Stellung. Zunächst geißelt er gegen das nationalliberale Schulprogramm und schreibt:

„Wäre derselbe, d. h. der Wahlspruch, bloß für unsern Wahlkreis berechnet, dann ließe es sich erklären, weshalb ein volles Drittel des Aufwands dem Schulsaat gewidmet ist — neben dem jetzt etwas leidendem gewordenen Kultursamplers — von jeder das Hauptbedenker dieser Partei.“

In diesem Satze kommt die Geringschätzung der Ultramontanen für die Schule in sehr charakteristischer Weise zum Ausdruck. In verächtlicher Weise wird von den Forderungen für die so notwendige Verbesserung unserer Volksschulzustände als von dem „Schulsaat“ gesprochen und den Nationalliberalen zum Vorwurf gemacht, daß die Schulfrage von jeder ein „Stedenpferd“ für sie gewesen sei. Wäre dem wirklich so, dann könnte die nationalliberale Partei stolz darauf sein; leider war die Volksschule aber nie das „Stedenpferd“ der Nationalliberalen. Für die Ultramontanen wird die Schule allerdings niemals ein „Stedenpferd“ sein; die Klöße für sie eine weit wichtigere Institution:

Der ultramontane Wähler schreibt dann ferner: „Es ist aber gewiß für kein Land ein Glück, wenn Richter und Lehrer sich zum politischen Partei- getriebe hergeben; dem Hochschüler und Jugend- erziehung sollten in jedem Lande unparteiisch gehand- habet werden, und das Messer ist noch nicht erjunden, mittelst dessen der Richter oder Lehrer sich dezent hält, daß seine eine Hälfte sich ruhig und unpar- teiisch ihrem Berufe widmet, während seine andere — bessere (?) Hälfte als politischer Feuerreiter durchs Land zält.“

Auch diese Auslassungen sind charakteristisch für die demagogische Gehe, die in der Zentrums- presse betrieben wird, zugleich aber auch ein Beweis, wie dreist diese Zentrumsdemagogen auf die Dummheit spekulieren. Hatte doch das Zentrum im letzten Landtag in seiner Forderung nicht weniger wie 7 richterliche Beiräte, ein volles Drittel der ganzen Zentrumsfraktion und mehr Richter, als alle übrigen Parteien zusammen genommen. Daß noch kein Zentrumlehrer im badischen Landtag ist, begreift man erst, wenn man weiß, welche minime Rolle schon die Zentrumspro- fessoren als Volksvertreter spielen. Ein Zentrumlehrer als Volksvertreter, das wäre die beste Illustration für unsere derzeitigen Volkss- chulzustände.

Weiter heißt es in dem Artikel des ultramontanen Wählers:

„Doch abgesehen hiervon: hält die nationalliberale Partei „eine Erweiterung und Vertiefung der Lehr- bildung“ für nötig, die seit ihrer also für un- genügend, dann ist es doch seltsam, daß gerade ihre Hauptvertreter in unserem Bezirk, also der Herr Präsident und der Herr Landtagskandidat, die Wahrheit hiervon erweisen sollten! Oder ist solche Bildung zwar völlig ausreichend für die Volksschule, aber ungenügend für die Volkshochschule?“

Das ultramontane Geschreibsel wäre unvollständig gewesen, wenn dieser insame persönliche Angriff auf den nationalliberalen Kandidaten unter- blieben wäre. Wir fühlen uns nicht berufen, nationalliberale Kandidaten gegen ultramontane Angriffe in Schutz zu nehmen. Aber so viel möchten wir hier doch bemerken: wenn der nationalliberale Lehrer Kandidat im Bezirk Ueberlingen in bezug auf seine Fähigkeit seinen a n z a u s h e r g e w ö h n l i c h e n Mangel aufweist, dann kann er die Konkurrenz mit seinem ultramontanen Gegenkandidaten aus dem Nichterstande noch allemal aufnehmen. Das Schönste aber leistet der ultramontane Wähler in seinem Artikel mit der folgenden Frage:

Welche Verbesserung der kulturellen Stellung unter Landwirten und ihres Hand- werks ist dem von einer Erweiterung und Vertiefung der Lehrerbildung überhaupt zu erwarten?“

Daß die Erweiterung und Vertiefung der Lehr- bildung von allergrößtem Einfluß auf die Bil- dung der heranwachsenden Generation ist, braucht ja ein ultramontaner Wähler ebensowenig zu wissen, als daß eine gute Volkshochschule die Vorbedingung für die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt ist. Wenn unsere deutsche Landwirtschaft in den Konkurrenzkämpfen der letzten Jahrzehnte den Kürzeren gezogen hat, so nicht am letzten deshalb, weil sie infolge unserer miserablen Volksschulzustände kulturell r u d e r a n d i g geblieben ist und weil sie sich deshalb an die veränderten Verhältnisse nicht rechtzeitig anpassen ver- mochte. Auch der Landwirt muß heute mit der Weltmarktkonkurrenz rechnen. Unser Land- volk ist zu bedauern. Es interessiert sich für den K l o t t e r u m m e l w e i t m e h r, als für die Fragen der Volkshochschule, weshalb es vom Zen- trum auch so leicht an der Nase herumgeführt werden kann. Sind die Zentrumsangaben unter- sich, so sagen sie: „Der Posttarif nicht unserer Landwirtschaft keinen Deut, dem wir leben im Zeitalter der Weltwirtschaft“. Sprechen sie aber vor den Bauern, dann wird ihnen der Post- tarif, der „keinen Deut nützt“, als das un- entbehrliche Mittel zur Verbesserung ihrer Lage angepriesen und die Sozialdemokraten werden als die geschworenen Feinde der Bauern bezeichnet, weil sie den Mut haben, unsern Bauern die — Wahrheit zu sagen.

Das Zentrum hat ein großes Interesse daran, den Lehren des Volkes eine Vertiefung und Er- weiterung ihrer Bildung vorzuenthalten, denn je schlechter das Lehrmaterial, um so dümmer das Volk und um so besser blüht der Weizen der „einzigen wahren Volkspartei“.

Den „Nachmännern“ zur Beachtung empfohlen. Als das Briegewicht, das für 10 Pf. befördert wird, von 15 auf 20 Gramm erhöht wurde, sagte Poddbielski in seiner diesbezüglichen Vorlage:

Die Kinder einnahme berechnet sich demnach auf über 2 1/2 Millionen Mark jährlich.

Sein Vorgänger Stephan hatte die geforderte Reform noch im Januar 1896 mit folgenden Worten abgelehnt:

„So, meine Herren,“ sagte er, „wollen Sie glauben, daß das einen Anschlag von 4 bis 5 Millionen Mark jährlich anmacht, wofür nicht ein einziger Brief mehr eingeschrieben wird!“

Und was ist der Erfolg der Poddbielskischen Reform von 1900? Schon im ersten Jahre stieg die Einnahme um 12 Millionen Mark, weil die Zahl der einfachen Briefe um 117 Millionen oder um 15 Proz. wuchs, während sie in den letzten vorhergehenden Jahren durchschnittlich bloß um 3 1/2 Proz., höchstens aber um 5 1/2 Proz. zuge-

nommen hatte. 53 Millionen dieses Briefzuwachses kann man allein auf die Briefgewichtserhöhung rechnen, auch wenn man den gewöhnlichen jährlichen Verkehrszuwachs und die sonstigen Ver- schiebungen berücksichtigt.

Auch bei der Einführung der dreitägigen und später bei der zehntägigen Retourfahrkarte haben die „Nachleute“ mit M i n d e r e i n n a h m e n gerechnet, während tatsächlich bedeutende Mehr e i n n a h m e n erzielt wurden. Die „Nachmänner“ verheßen von ihrem Fach, insofern das Rechnen in Frage kommt, sehr wenig. Sie veralteten sich stets, zum Glück aber immer zu gunsten des Staats- sätels.

„Nachmännische“ Spiegelfesterei. In der „Straß. Post“ machte jemand den Ver- such, das Kilometerrecht als eine antizipale Ein- richtung zu charakterisieren, indem er schreibt:

„Eine arme Tagelöhnerstocher aus Freiburg, die einen Dienst in Heidelberg gefunden hat, reißt in einem gewöhnlichen Personenzug dritter Klasse für 3,4 Pf. den Kilometer, während ihre Dienstherrin, welche im Besitz eines Kilometerhefts ist, in der dritten Wagenklasse für 2,4 Pf. den Kilometer fährt. Ein reisender Handwerksbursche, welcher sich auf der Suche nach Arbeitserleichterung die Höhe wunden gelassen hat und zuletzt zu seinem weiteren Fortkommen die Eisen- bahnen beisteigen muß, zahlt für seine Fahrkarte dritter Klasse in einem gewöhnlichen Zug wieder 3,4 Pf. für den Kilometer, während der Geschäftsreisende mit seinem Kilometerheft in demselben Zuge und in der- selben Wagenklasse den Kilometer für 2,4 Pf. zahlt und, wenn er Vertreter eines Großhandlungshauses oder eines Fabrikgeschäftes ist, mit seinem Kilometer- heft zweiter Klasse für 3,9 Pf. den Kilometer im Schnellzug reist.“

Der „Bad. Beobachter“ machte dazu die Be- merkung:

„Das ist richtig und muß ehrlicher Weise auch von den Gegnern der geplanten Reform zugestanden und erwähnt werden.“

Zutreffend aber erwidert ihm der „Bad. Landsmann“:

Nein, das ist nicht richtig, sondern eine Un- richtigkeit, durch die das Publikum irre ge- führt wird. Wir haben in Baden keine teureren Tarife für arme Tagelöhnerstocher und Handwerks- burschen mit wunden gelassenen Füßen, bei uns bezahlen alle Passagiere der dritten Klasse für den Kilome- ter 2,5 und nicht 3,4 Pfennig. Gleich armen Schlei- kenschen eine Stelle in einiger Entfernung in Aussicht zu bringen darüber die Bescheinigung eines Arbeitsnachweisbureaus zur Bahn, so fahren sie sogar noch billiger. Also nur bei der Wahr- heit bleiben und nicht mit solchen Mitteln für die Reform kämpfen! Wir wollen keine 4. Wagen- klasse, wir haben ja schon Schwimmbühnen genug ohne diese Schwimmbühnenkarten; wir wollen aber auch keine Verpöschung unserer Wohnen.

Man sieht, auch die übergeheite Redaktion des „Bad. Beobachters“ macht Dummheiten. Im übrigen kann man ja das „Antizipale“ des Kilometerrechts leicht dadurch beseitigen, daß man den Kilometerpreis des Kilometerhefts zum Normal- tarifssatz macht. Aber Preußen will nicht und die badische Regierung macht stets, was die preussische von ihr verlangt. Das sind wir ja ge- wohnt. Man weiß auch, welche Einfälle da maß- gebend sind. Auf dem nächsten Landtag wird man aber offen mit der Sprache herauskommen. So kann und darf das nicht weiter gehen.

Deutsches Reich.

Keine Reichserbschafts-, sondern eine Vorksteuer.

Noch immer brüten die Reichssteuerkünstler über dem Reichssteuerreformprojekt. Offenbar weiß man an maß- gebender Stelle selbst noch nicht recht, was dabei heraus- kommen wird. Es scheint auch, als hätte man jeden Tag andere Einfälle. Vor wenigen Tagen erst kam die Nach- richt, daß man auf eine Besteuerung der Erbschaften der direkten Vermögenslage verzichtet wolle. Damit wäre der beste Teil der Reichserbschaftssteuer gelichtet. Ein auch nur halbwegs befriedigender Vertrag ist nicht zu erzielen, wenn man die direkten Vermögenslagen freilassen will. Vor einigen Tagen wurde gemeldet, daß auch auf die Tabaksteuer verzichtet werden sollte. Das wäre ja sehr erfreulich. Es kommt aber schon ein äußerlich bedenklicher Pöbelruf nach: Die „Deutsche Tageszeitung“ will wissen, „ob ernsthaft die Absicht besteht, die Vorksteuer in den Reichssteuerreformplan einzubeziehen“. „Es versteht sich“, so sagt das Blatt hinzu, „von selbst, daß hierbei nur eine stärkere Besteuerung der großen Veräußerer in Frage kommen kann, und zwar vermöge einer ge- staffelten Steuer, wogegen Einwendungen nicht zu erheben sein dürften.“

Danach wäre also so etwas wie eine Umsatzsteuer für Veräußerer geplant. Das wäre eine neue indirekte Steuer auf einem Umwege, die vorwiegend von der breiten Masse getragen werden muß.

Unter Schloß und Riegel

liegt die Verfassungsreform in Württemberg. Der Entwurf, heißt es, ist fertig und bedürfe nur noch der formellen Genehmigung des Königs. Es sei über den Entwurf deshalb strenges Stillschweigen beobachtet worden, damit nicht vorzeitig ein Kampf der Gegner von links und rechts einleiten könne. In kurzer Zeit werde der Entwurf veröffentlicht und dann möge der Kampf losgehen. Was bisher über den Entwurf veröffentlicht worden sei, sei reine Kombination. Nun, man wird bald sehen, wie die Reform aussieht, von der so viel Auf- hebens gemacht worden ist.

Drei Monate Gefängnis für 15 Pf. Holz!

Die Reformbedürftigkeit unseres Strafgeset-zbuches ist wieder besonders schlagend bezeugt worden durch einen Fall, der kürzlich in Glogau vor der Strafkammer verhandelt wurde. Eine Frau Wobach aus Herrstadt (Schlesien) hatte an einem Dezember-Morgen des vorigen Jahres, um sich und die Ihrigen vor der grimmigen Kälte zu schützen, Holz im Walde gesammelt und dabei drei kleine Scheite bereits verarbeiteten Holzes im Werte von höchstens 10—15 Pf. entwendet. Es wurde dann ein hochnotwendiges Verfahren gegen die arme Frau eröffnet, und zwar nicht wegen ein- fachen Diebstahls, sondern wegen Mißlanddiebstahls. Denn die „Verbredlerin“ war bereits zweimal wegen geringfügiger Diebstähle mit ebenso geringen Ge- fängnisstrafen bestraft und seit Verhängung der letzten Strafe waren noch nicht 10, sondern leider nur 9 Jahre verflossen. Die Glogauer Straf- kammer war daher gezwungen, den § 244 St.G.B. gegen die Angeklagte anzuwenden, die übrigens reumütig ihre Schuld unter Weinen und Beklagen gestand, in das noch das Schreiben ihres sieben Wochen alten jüngsten Kindes, das sie in der Ver-

handlung im Arme trug, hineintönte. Da aber das Gesetz selbst bei Annahme mildernder Umstände drei Monate Gefängnis als Strafmilieu vor- schreibt, so mußte das Gericht auf diese Strafe erkennen. Der Vorleser bedauerte in der Urteils- begründung selbst, durch das Gesetz gezwungen zu sein, eine so hohe Strafe anzuspreden, noch dazu in einem Falle, der so milde liege, wie er milder gar nicht gedacht werden könne. Er glaube, daß ein Gnadengefühl, dessen Einwirkung er der An- geklagten — die dabei noch fünf Kinder zu er- nähren hat und sich in großem Elend befindet — schließlich empfand, Erfolg haben werde; es soll vom Gericht und vom Staatsanwalt bestritten werden! Welche Strafrechtspflege, die zu solchen Mitteln greifen muß!

Ausland.

Belgien.

ac. Militärjustiz. Der Militarismus zeigt überall dieselben Blüten: Kadaver-Geheer, Miß- handlung der Untergebenen, strenge Bestrafung der geringsten Vergehen der Mannschaften und äußerste Milde bei Beurteilung der oft schrecklichen Mißhandlungen, die sich Vorgesetzte aufzubeden kommen lassen. So hatte kürzlich das Kriegsge- richt von Brabant über 2 Fälle zu entscheiden. Der 23jährige Soldat Bouchar, der schon mit 5 Monaten vorbestraft ist, war angeklagt, einem Unteroffizier mit dem Stocke einen leichten Schlag versetzt zu haben. Das Gericht zweifelte an seiner Zurechnungsfähigkeit und überwies ihn zur Beob- achtung dem Militär-Lazarett. Die Militärärzte erklärten ihn aber für vollkommen gesund und Bouchar wurde, obwohl die Verletzung des Unter- offiziers vom Gerichtshof selbst als eine leichte an- erkannt wurde, zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt. Dasselbe Gericht erkannte gegen einen Sergeanten, der einen Soldaten, ohne hierzu provoziert gewesen zu sein, demagen an der Hand verlegt hatte, daß dieser lange dienstunfähig blieb, auf eine Geld- strafe von 20 Franc.

Russisch-Polen.

ac. Terrorismus und Massentötung. In der „Nobotini“ wird die Frage des Terrorismus be- handelt und darauf hingewiesen, daß die ter- roristische Kampfmethode keine Verringerung der Zerstörung bedeute, sondern daß dies nur die Folge der Hilfe sein, wie sie in der revolutionären Periode sich nicht macht; durch sie werde aber die Massentötung in keiner Weise gehindert. Diese Akte der Selbsttötung werden immer häufiger; so ver- teidigten sich zwei Genossen, die auf dem Theater- platz in Warschau von zwei Polizisten verhaftet werden sollten, mit Revolvern, verwundeten einen der Polizisten und entamen. Die Attentate gegen einzelne Polizeibeamte, die sich in Grausamkeit be- sonders hervorgetan haben, mehren sich. So wurde der Polizeimeister von Siedle auf Anordnung der terroristischen Gruppe der P. P. S. von einer Bombe getroffen und schwer verwundet. Der Leiter der Warschauer Geheimpolizei, Anton An- tonowicz, der während des Attentats gegen Magi- stratschef schwer verwundet worden war, ist seinen Wunden erlegen. — Die Warschauer Polizei löst gegen 500 Spitzel nach Ausland abgehoben haben, um von dort an deren Stelle 500 andere zu er- halten. Diese Maßnahme wird internommen aus Furcht vor Attentaten; die Polizei scheint zu der wahrscheinlich auch richtigen Annahme gekommen zu sein, daß noch viele der Spitzel auf der Liste der Todeskandidaten der sozialistischen Partei stehen.

Hus der Partei.

G.K. Wiltgen. Zum internationalen Parteifest. In der letzten Sitzung des Gewerkschafts- ratells wurde beschlossen, eine rege Agitation für den Bezug des internationalen Parteifestes zu veranstalten. Zu diesem Zwecke sind eine Anzahl Listen ausgegeben worden und bitten wir diejenigen, die das Fest besuchen wollen, sich in die Listen einzutragen, oder bei A. Kuner zu melden. Der Fahrpreis beträgt von hier ab 2,20 Mk. und ist das Geld woenigstens gleich zu entrichten. Abfahrt von hier morgens früh 5 Uhr, Abfahrt von Konstanz abends 7 Uhr 30 Min. Diejenigen, die das Fahrgeld gleich beim Eintragen in die Liste zahlen, erhalten eine Quittungs- karte, die dann beim Willkommensfest vorzulegen ist, da sonst im andern Fall die Fahrt bezahlt werden muß. Wir erwarten, daß sämtliche Kollegen für starke Be- teiligung agitieren.

Ernennungen, 9. Juni. In der letzten Versammlung des sozialdemokratischen Vereins wurde u. a. das leitende Mitglied Milan Dollmer einstimmig aus dem Verein ausgeschieden. Der Ausschluß erfolgte nach § 8 des Vereinsstatuts.

Im Auftrag des sozialdemokratischen Vereins Ernennungen: Wiltz, Schwanz.

Soziale Rundschau.

Steinarbeiterstreik in Straßburg i. E. Die Steinarbeiter befinden sich seit 7. d. M. im Ausstand. Sie verlangen: Abschaffung des milden Akkordsystems und Einführung eines Stundenlohns oder Tarifs. Den Stundenlohn lehnten die Arbeitgeber strikte ab und waren selbst für einen Tarif, und zwar für den Einzelarbeiter. Als es aber an die Berechnung kam, waren ihnen die Sätze zu hoch. Nun wollen sie diesen nach ihrem Geschmack gutheissen und bis zum 1. September, an welchem Termin der neugeschaffene Tarif in Kraft treten soll, sollen die Steinarbeiter unter der alten Form weiter arbeiten. Dies lehnen sie natürlich ab und der Streik dauert weiter.

Die Streikkommission der Steinarbeiter.

Badische Chronik.

* Durach, 12. Juni. Erhängt hat sich im Orts- arrest zu Hohenweisersbach der Johann Dieß von Ulmendingen. Er war wegen Verdrach des Diebstahls dort untergebracht worden.

Bruchsal. Zum Schumacherstreik bei A. Sulzberger und Sohn ist noch nachzutragen: Am 18. Mai kam ein Artikel in Arbeit (Kösting-Spaugen- schuhe), für den der Lohn noch nicht geregelt war. Dieser Artikel wurde von dem Schumacher mit einer Mehr- leistung an Arbeit geleistet, ohne dafür dementsprechend bezahlt zu werden. Nun ist es doch feststellbar, daß man vorher sich darüber vergewissert, was man für seine Arbeit erhält, und ob man die Arbeit für den an- gebotenen Preis machen kann oder nicht. Dieser Artikel sollte um den Preis von 2,20 Mk. pro Duzend Paar hergestellt werden, die Arbeiter verlangten 2,40 Mk. Nach mehreren Auseinandersetzungen des fraglichen Artikels wurden 10 Pf. pro Duzend Paar zugegeben, was aber in gar keinem Verhältnis zu der Mehrleistung stand. Es wurden dann Verhandlungen durch den Fabrikbesitzer angeknüpft, um die Sache zu regeln und der Firma ge- sagt, daß es nicht möglich sei, den Artikel um 2,30 Mk.

machen zu können ohne erheblichen Verlust an Verdien- st. Die Firma erklärte, man solle den Artikel machen, bis A. Sulzberger von der Meile zurückkomme. A. Sulzberger geht immer den Konflikt, die schon bereit stehen, aus dem Wege dadurch, daß er auf die Meile geht und nachher die Schuld seinen Brüdern zuweist.

Auf dieses Vorgehen der Arbeiter ließ man sich nicht ein, da man schon oft ible Erfahrungen gemacht. Der Fabrikbesitzer erklärte, die Arbeiter sollen den Artikel fertig um 2,30 Mk., wenn von der Firma das Versprechen gegeben wird, nicht mehr als diese 10 Duz. machen zu lassen. Die Firma lehnte rundweg ein solches Versprechen ab, denn es ständen weitere 40 Duz. in Aussicht. Wie man sieht, wäre der Artikel so hergestellt worden, um den Frieden zu erhalten, wenn die Firma bei den Ver- handlungen sich nicht ablehnend verhalten hätte.

Dann erklärte die Firma, wer den Artikel nicht macht und den angebotenen Preis, der belomme am Samstag die Kündigung. E. Sulzberger sagte, er wolle seinen Bruder über den Vorgang verhandeln. Dieses geschah, im Laufe des Nachmittags ließ E. Sulzberger den Fabrikbesitzer zuzun und teilte ihm mit, daß kein Bruder A. Sulzberger telegraphisch hat, wer den Artikel nicht um 2,30 Mk. macht, dem wird am Samstag den 20. Mai gekündigt.

Der Artikel wurde zurückgewiesen, da alle Verhan- dlungen fehlschlugen und die Firma sich auf den Kronen- stundenlohn stellte, den „Herrn im Hause“ zu spielen. Am Samstag, den 20. Mai, ließ die Firma durch den Fabrik- besitzer die Arbeiter kündigen, die den Artikel nicht machten und darauf erklärten sich sämtliche Arbeiter sol- darisch und kündigten ebenfalls durch den Fabrikbesitzer. Dann wurde erklärt, der Betrieb werde bis 1. Juli ge- schlossen, und so läme die Sache ganz geignete. Aber daß es mit dem Schließen nicht so ernst gemeint wäre und nur eine Drohung sein sollte, um die Arbeiter ein- zuschüchtern und müde zu machen, beweist, daß unter den Meistern ein Zirkular kursierte folgenden Inhalts:

„Unter Bezugnahme auf die uns überreichte Kün- digung bringen wir hiermit zur Kenntnis, daß wir uns auf Unterhandlungen bezüglich des fertigen Quartals nicht mehr einstellen. Wir erklären uns bereit, sämtliche Arbeiter, die uns dies bis 25. Mai, abends 6 Uhr, durch die betreffenden Meister zur Kenntnis bringen, weiter zu beschäftigen.“

„Falls die Zurücknahme der Kündigung nicht durch die Fabrik bestimmt bis 1. Juli erfolgen und haben wir die zur Ausführung dieses Vorhabens nötigen Schritte bereits getroffen.“

Man ist also auf dem Impasse ausgegangen, aber nicht ein einziger Schlichter ist darauf herbeigekommen. Während der Kündigungszeit wurde ununterbrochen ab- geschickt, eine Einigung zu erzielen. Der Bauleiter Kol- lege Lenz aus Stuttgart und der Zentralvorstand Kollege Simon aus Nürnberg waren zu diesem Zwecke an- gewand, es kam zu keiner Einigung, da die Firma sich auf gar keine Unterhandlungen einließ. Die Einigung erfolgte am 3. Juni und wurden die Angelegenheiten und Klagen angehängt. Die Fabrik wurde jedoch am Montag, 6. Juni, geschlossen und fanden sich im Geschäft ein die Meister und ein paar Mädchen und junge Burschen, die die Hausarbeit machen müssen.

* Konstanz, 12. Juni. Goldmünzenfund. Vor kurzem wurde das alte Haus Rosgartenstraße 18 abgebrochen. An dessen Stelle wollen die jetzigen Eigen- tümer, die Herren Suggenheim und Schatz, einen Neubau errichten. Bei den Ausgrabungsarbeiten fanden die Arbeiter etwa 15 Meter tief eingemauert eine große An- zahl alter Goldmünzen aus dem Anfang des 14. Jahrhun- derts. Es sind Florentiner und Genevoiser Münzen, scheinbar und böhmisches Goldguld, die einen bedeutenden Wert repräsentieren dürften.

* Vom Oberrhein, 12. Juni. Die dritte Probefahrt auf dem Oberrhein ist ebenfalls glücklich verlaufen. Der Schiffszug der Reederei firma Ruppel traf am Nachmittag des 9. d. Mts. in Basel ein. Er fuhr Mittwoch Vormittag in Straßburg ab.

* Mannheim, 12. Juni. Der verheiratete Loko- motiführer Jakob Guden mußte infolge eines Schlaganfalls aus dem Fenster seiner im 4. Stock ge- legenen Wohnung und starb alsbald.

— Im Industriebezirk hat sich der langjährige Diener des Kaufmännischen Vereins, Franz Klotz, ertränkt. Klotz soll über seine Verhältnisse gelebt und dem Trank- ergebn gewesen sein.

Der Inhaber der Superbe-Fahrräder, Peter Duhmann, der wegen Gelder und Diebstahls sich in Untersuchungshaft befand, gegen eine große Kaution aber auf freien Fuß gesetzt worden war, ist seit einigen Tagen vermisst.

Waldheim, 12. Juni. Wieder ein Eisen- bahnunglück. Am Abend des Freitag ereignete sich auf dem badischen Bahnhofs in Oberdurlach ein Eisen- bahnunglück. Der um halb 7 Uhr aus der Richtung Heidelberg kommende Güterzug mit zwei Lokomotiven hatte Verpätung und sollte mit einem Schnellzuge hier freugehen; dabei ließ der Güterzug auf ein loges, Sand- oder totes Gleise. Eine der Lokomotiven entgleiste und grub sich tief in die Erde ein; zwei Wagen wurden zum Teil schwer beschädigt. Die Ziffer wurden eingebückt und die Bremserhäupten zerplittert. Personen sind nicht verunglückt. Von Lauda traf ein Hilfszug ein. Das Unglück ist dadurch entstanden, daß Arbeiter, die mit dem Neubau eines 2. Gleises beschäftigt sind, die Weiche umstellten, aber vergaßen, sie wieder in Ordnung zu bringen.

Am 12. Juni wird gemeldet: Am 9. d. M., 6 Uhr 30 Min. nachmittags, fuhr der Güterzug 6761 auf der Station Waldheim infolge fahrlässiger Einstellung eines provisorisch ein- gelegten Weiches in ein Schicksal, wodurch die beiden Lokomotiven und eine Anzahl Güterwagen entgleisten. Verletzt wurde niemand. Außer einer halbblühenden Ver- wundung des Schnellzuges 36 Würzburg-Mannheim traten im Hauptplan der Personenzüge keine erheblichen Störungen ein.

Aus dem Amte Wiesloch, 12. Juni. Die Raupen. In hiesiger Gegend richten die Raupen an den Obstbäumen großen Schaden an. Besonders betroffen sind die Kernobstbäume, die mit Raupenenergien förmlich überzogen sind und nur noch einen geringen Ertrag ver- sprechen.

Waldheim, 12. Juni. Aus dem Fenster gestürzt. Der Angenieur Schäfer aus Charlotten- burg, der an dem Verbandsfeste der Corps der Zehn- jährigen Hochschulen (W. S. C.) teilnahm, stürzte heute früh aus dem 3. Stock des Hotels und erlitt schwere Verletzungen.

Aus dem Reiche.

Bamberg, 9. Juni. Erschikt. In Auerbach bei Regnitz erkrankte eine Frau, Mutter von 6 Kindern, in- steller, wo Waldreue gelangt war, die infolge von Gärung Gase entwickelt hatte.

Ein 14-jähriger Bauernsohn wurde vom Landgericht zu vier Wochen Gefängnis verurteilt, weil er fortgesetzt mit einem neun Jahre alten Mädchen in intimen Verkehr unterhalten hatte.

Köln, 10. Juni. Eine heilige Arbeiter- frau war verhaftet worden, worauf ihr Ehemann mit seinem Säugling einen Polizeikommissar nachsetzte, indem er rief: „Wenn Sie ein rechtschöner Mann sind, müssen Sie für das Kind sorgen.“ Der Arbeiter wurde wegen Verleumdung vom Gericht freigesprochen, das Kölnner Schöffengericht sprach ihn aber frei. Dabei stellte sich heraus, daß die Verhaftung der Frau auf gerichtliche Anordnung zur Verhängung einer Strafe erfolgte, als sie noch den Säugling ernähren mußte. Legierter ist nunmehr, weil ihm die Muttermilch entzogen wurde, gestorben. Es ist doch prächtig be- stellt in dem von unseren Gegnern so gepriesenen Staate!

Wien, 10. Juni. Genidharre. Bei der ersten Kompanie des Trainbataillons ist ein Fall von Genid- harre festgestellt worden.

